

Protest: Eine andere Politik der Unterscheidung

Hellmann, Kai-Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hellmann, K.-U. (1997). Protest: Eine andere Politik der Unterscheidung. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 423-427). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138734>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

8. Protest: Eine andere Politik der Unterscheidung

Kai-Uwe Hellmann

Protest gehört in der modernen Gesellschaft zum Alltag der Politik. Ständig treibt es Menschen auf die Straße, werden Petitionen geschrieben, Kritik geäußert. Nichts bleibt unbestritten, alles könnte auch ganz anders sein. Protest besitzt in der öffentlichen Meinung nahezu ubiquitäre Präsenz, und insofern gehört Protest auch zum basalen Inventar der modernen Demokratie, untrennbar verbunden mit dem demokratischen Auftrag, soviel Kontingenz wie möglich zuzulassen und zu berücksichtigen.

Wodurch aber zeichnet sich Protest aus? Durch Kritik statt Affirmation? Durch Negation des Status quo ohne Alternative? Durch Verweigerung, Nörgelei und Arroganz? Welche Relation besteht also zwischen Politik und Protest, zwischen Jasagen und Neinsagen? Was macht der Protest im Unterschied zur Politik anders, worin unterscheiden sich Protest und Politik?

Protest ist eine andere Politik der Unterscheidung – so die These von Dresden. Um das zu veranschaulichen, soll der Sinn dieser These vom Allgemeinen zum Besonderen, d. h. von hinten nach vorne, über die vier Unterscheidungen (1) Unterscheidung, (2) Politik der Unterscheidung, (3) Eine andere Politik der Unterscheidung und (4) Protest: Eine andere Politik der Unterscheidung hinweg erschlossen werden.

1. Unterscheidung

Ähnlich wie Ludwig Wittgenstein mit seinem TLP, hat George Spencer Brown mit *Laws of Form* den Versuch unternommen, formalsprachlich das Wesen der Welt zu beschreiben. Dabei beginnt Spencer Brown ebenso abrupt wie Wittgenstein; nur daß es nicht apodiktisch heißt »Die Welt ist alles, was der Fall ist«, sondern imperativ »Draw a distinction«: Was immer Du tun willst, beginne mit einer *Unterscheidung*. Das Unterscheiden steht am Anfang von allem. Vor jeder Unterscheidung treffen wir immer nur wieder auf eine Unterscheidung, und danach sowieso. Nichts ist ohne Unterscheidung beobachtbar. Unterscheiden ist die basale Operation, weshalb uns die Welt auch nicht als Identität, sondern als Differenz begegnet. Und je nachdem, wie unterschieden und bezeichnet wird, haben wir es mit anderen Unterscheidungen zu tun, und das heißt: mit anderen Entscheidungen. Denn jede Unterscheidung beruht auf einer Entscheidung für diese Unterscheidung gegen andere Unterscheidungen.

2. Politik der Unterscheidung

Wenn eine Unterscheidung aber immer eine Entscheidung für diese Unterscheidung gegen andere Unterscheidungen ist, für die man sich auch entscheiden kann, dann kann man von der Beobachtung der Unterscheidung auf die Beobachtung der Entscheidung umstellen und von einer *Politik der Unterscheidung* sprechen. Dabei bedeutet hier Politik – frei nach Weber – nicht nur, die eigene Entscheidung für diese Unterscheidung gegen andere Entschei-

dungen für andere Unterscheidungen durchzusetzen, sondern geradezu die Betonung der Entscheidungssituation: Man entscheidet sich für eine bestimmte Sicht der Welt und entscheidet sich damit gegen Alternativen. Politik der Unterscheidung betont somit den intentionalen Akt einer Unterscheidung, sich für eine bestimmte Unterscheidung gegen andere zu entscheiden, wobei offen bleiben soll, ob Politiken der Unterscheidung immer politische Unterscheidungen sind. Entscheidend ist dagegen, daß Politiken der Unterscheidung, wenn Unterscheidung gegen Unterscheidung steht, zumeist nicht nur eine Seite bezeichnen, sondern beide: Freund und Feind, Kapital und Arbeit, Gott und Teufel. Mit der Bezeichnung der einen Seite wird die andere gleich mitbezeichnet. Das bewirkt aber eine Asymmetrie, die mit jeder Politik der Unterscheidung etabliert wird: Die eine Seite bezeichnet, die andere wird bezeichnet, die eine handelt, die andere erlebt. Die Chancen sind nicht gleich verteilt: Die eine Seite hat die Definitionsmacht, ihr kommt die Präferenz zu; die andere Seite bietet dafür Negationsmöglichkeiten an, sie dient der Reflexion.

3. Eine andere Politik der Unterscheidung

Wenn Politik der Unterscheidung die Entscheidung für eine bestimmte Unterscheidung gegen andere betont, dann geht es bei einer anderen Politik der Unterscheidung um eine andere Entscheidung für eine bestimmte Unterscheidung *gegen* diese Entscheidung. Eine andere Politik der Unterscheidung bringt somit die Kontingenz der Entscheidungssituation zur Geltung. Dabei stehen vier Optionen zur Verfügung: (1) die andere Seite derselben Unterscheidung, (2) ein anderer Umgang mit derselben Unterscheidung, (3) eine ganz andere Chancenverteilung innerhalb derselben Unterscheidung und (4) eine ganz andere Unterscheidung.

- 1) So kann eine andere Politik der Unterscheidung darin bestehen, sich für die andere Seite derselben Unterscheidung zu entscheiden und die Asymmetrie damit umzukehren: nicht mehr Freund, sondern Feind, nicht mehr Kapital, sondern Arbeit, nicht mehr Gott, sondern Teufel geben jetzt den Ton an.
- 2) Eine andere Politik der Unterscheidung kann aber auch bedeuten, sich nicht für die andere Seite derselben Unterscheidung zu entscheiden, sondern für einen anderen Umgang damit: nicht mehr friedlich, sondern gewalttätig, nicht mehr kooperativ, sondern konfrontativ, nicht mehr affirmativ, sondern kritisch auf die Asymmetrie zu reagieren.
- 3) Ferner kann sich eine andere Politik der Unterscheidung auch in der Entscheidung für eine andere Chancenverteilung innerhalb derselben Unterscheidung äußern: nicht mehr asymmetrisch, sondern symmetrisch, nicht mehr disjunktiv, sondern konjunktiv, nicht mehr binär, sondern transversal.
- 4) Schließlich kann eine andere Politik der Unterscheidung auch in der Entscheidung für eine ganz andere Unterscheidung bestehen: nicht mehr Freund/Feind, sondern Links/Rechts, nicht mehr Kapital/Arbeit, sondern Gewinner/Verlierer, nicht mehr Gott/Teufel, sondern Risiko/Gefahr.

In jedem Fall konfrontiert *eine andere Politik der Unterscheidung* eine bestimmte Entscheidung für eine bestimmte Unterscheidung mit Kontingenz, d.h. mit anderen Entscheidungen hinsichtlich derselben oder einer ganz anderen Unterscheidung.

4. Protest: eine andere Politik der Unterscheidung

Wenn jetzt Protest eine andere Politik der Unterscheidung ist, stellt sich die Frage, welche dieser vier Optionen zutrifft. Verfolgt man daraufhin den Protest in seiner Eigendynamik, so zeigt sich überraschenderweise, daß es sich um eine sukzessive Rejektion sämtlicher Unterscheidungen handelt, die in diesen Optionen zur Disposition stehen.

- 1) Zu Anfang wird nur ›Betroffenheit gegen Entscheidung‹ ausgespielt, die Asymmetrie in der Unterscheidung von Risiko und Gefahr kehrt sich um. Man begnügt sich nicht länger damit, in der passiven Rolle der Betroffenen zu verharren, sondern klagt Verantwortung ein und übernimmt die Initiative, erlebt also nicht nur, sondern handelt, wobei Regierung und Opposition gleichermaßen gefordert sind.
- 2) Indes entwickeln sich schnell recht unkonventionelle Formen der Protestartikulation. So begnügt man sich nicht mehr damit, auf den Wahlmodus zu vertrauen und die politischen Parteien ansonsten in Ruhe zu lassen. Stattdessen wird massierter Druck aufgebaut, die Macht der Straße regiert das Geschehen, der Mobilisierungssog wächst, die öffentliche Aufmerksamkeit steigt.
- 3) Verschanzen sich die Verantwortlichen – die Opposition eingeschlossen – weiter hinter leeren Versprechungen und Beschwichtigungen, bleiben ansonsten aber untätig, außer durch Polizeieinsatz für öffentliche Ordnung zu sorgen, beginnt nicht nur die Asymmetrie zwischen Regierung und Opposition, sondern auch die zwischen Politik und Protest langsam zu bröckeln. Beide Seiten geraten in Zugzwang, um die Definitionsmacht zu behalten, der Konflikt eskaliert, ein fragiles Kräftegleichgewicht stellt sich ein.
- 4) Schließlich desavouiert sich der politische Code Regierung/Opposition vollends und wird vom Protest als dysfunktional zurückgewiesen, der sich nun als Außerparlamentarische Opposition geriert und eine neue Unterscheidung an die Stelle des politischen Codes setzt, wenn nicht schon zuvor Alternativen proklamiert wurden, wie Kapitalismus/Kommunismus, Ökonomie/Ökologie oder Patriarchat/Feminismus.

5. Protest: Eine andere Politik einer anderen Unterscheidung

Es zeigt sich somit, daß im Verlauf eines Protests sämtliche Optionen zur Anwendung kommen können, je nach Eigendynamik und Eskalationsgrad des Kommunikationsprozesses zwischen Politik und Protest. Dabei entfaltet sich der Protest erst zur vollen Blüte, wenn er die vierte Stufe der Eskalation erreicht hat. Denn dann begegnet er der Politik nicht nur höchst unkonventionell, indem er die öffentliche Meinung mobilisiert, sondern konfrontiert sie auch mit Forderungen, die einem taktischen Wertespagat gleichen.

5.1 Protest und öffentliche Meinung

Da sich Protest der Politik von der Peripherie her nähert, muß er besondere Techniken anwenden, um im Zentrum der Politik Gehör zu finden. Die wichtigste Technik ist die Aufmerksamkeitsgewinnung der öffentlichen Meinung, was mit dem Ressourcenarmut des Protests zu tun hat. Denn anders als Lobbying, das äußerst ressourcenaufwendig ist, weshalb es vorwiegend von potenten Interessenverbänden betrieben wird, leidet Protest an

chronischem Ressourcenmangel. Weder Geld noch Qualifikation, Personal oder Zeit sind in unbegrenztem Maße verfügbar, weshalb Protest nicht ebenfalls im Stillen, Verborgenen, ja Geheimen operieren kann. Stattdessen muß er sich in die Öffentlichkeit begeben, um darüber die Politik zu beeinflussen. Dabei scheint es nicht auf Qualität, sondern Quantität anzukommen: Je mehr, desto wirkungsvoller, auch wenn die Sachlichkeit der Argumente dabei zu kurz kommt. So kapriziert sich der Protest häufig auf die Aspekte Neuheit, Konflikt, lokale Bezüge, Gewalt und Skandalnähe als bevorzugte Mitteilungsverhalten, um dadurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gewinnen. Dabei hat die Verbreitung von Informationen über Massenmedien einen enormen Diffusionseffekt zur Folge, so daß der Protest Gefahr läuft, unter dem ständigen Aktualitäts- und Erfolgsdruck aufgerieben zu werden und in einen *Circulus vitiosus* zu geraten, der ihm immer größere Versprechen abverlangt, nur noch zunehmende Radikalisierung registriert und den Protestzyklus auf sein sicheres Ende zutreibt. Der Erfolg oder Mißerfolg von Protest ist somit in hohem Maße von der Berichterstattung durch Massenmedien abhängig: Einerseits ist es die einmalige Chance, »ganz groß rauszukommen«; andererseits ist damit auch das unberechenbare Risiko verbunden, »nur vorgeführt zu werden«.

5.2 Protest und partikularer Universalismus

Der Umstand, daß Protest notorisch unter Ressourcenarmut leidet und deshalb auf die öffentliche Meinung angewiesen ist, hat nicht nur Einfluß auf seine Selbstdarstellung, sondern auch auf seine Rhetorik. Denn diese weist eine eigentümliche Paradoxie auf.

Jeder Protest verdankt seine Geburt einer 1-Punkt-Logik: Ein nahezu beliebiges Problem, häufig lokal angesiedelt, wird zum Anlaß für eine Protestbewegung, die sich sehr schnell über diesen konkreten Anlaß hinaus auf generelle Problemfelder, ja die Gesellschaft als solche ausbreiten kann, um, so Niklas Luhmann, »in der Gesellschaft für die Gesellschaft gegen die Gesellschaft« zu protestieren. In dieser Konstellation erweist sich das eigentliche Protestmotiv aber zumeist als partikular, während die Protestmessage mit einem dezidiert universalen Anspruch auftritt. Das Problem entspringt einer höchst privaten Betroffenheit von einzelnen, der Protest dagegen trägt ein ausgesprochen öffentliches Anliegen vor, das alle anspricht. Gerade dieses »Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl«, wie es bei Albert O. Hirschman heißt, bewirkt aber einen taktischen Wertespagat zwischen der eigenen Betroffenheit und der allgemeinen Verantwortung.

Der Grund für diesen Wertespagat liegt wiederum in der chronischen Ressourcenarmut des Protests, die ihn zwingt, den Weg über die öffentliche Meinung zu nehmen, um in das Zentrum der Politik vorzustoßen. Die öffentliche Meinung gewinnt der Protest aber nur dann für sich, wenn es ihm gelingt, von der Partikularität seiner Motive abzulenken und von der Universalität seiner Mission zu überzeugen. Denn für die Überzeugung der öffentlichen Meinung bedarf es einer Argumentationsstrategie, die jeden Verdacht auf eine partikuläre Interessenlage zerstreut. Andernfalls besteht sofort die Gefahr, in der Flut partikularer Ansprüche, wie sie täglich neu herangespült wird, unweigerlich unterzugehen. Verhindern kann das nur, wer einen »Rettungsring« hat, um sich aus der Masse herauszuheben. Das aber gelingt gegenüber partikularen Ansprüchen am besten mit einem universalen Anspruch, frei nach dem Motto: »Unter den Blinden ist der Einäugige König!« Denn auch der

Protest präsentiert sich nur einäugig, wenn er seinen partikularen Anspruch universal aufbläht, da er weder die Anschlußfähigkeit zur öffentlichen Meinung noch die Anschlußfähigkeit zur eigenen Mobilisierungsbasis verlieren darf. Der Protest muß also ebenso seine Innenseite, denn ohne Mobilisierungsbasis kein Protest, wie seine Außenseite, denn ohne öffentliche Meinung keine Politik – im Auge behalten – ein Muß, das den Protest mit beträchtlichen Risiken und Pathologien konfrontiert.

Kai-Uwe Hellmann, Richard-Wagner-Str. 17, D-10585 Berlin

